



Unglaublich, ja kläglich

Dr. Klaus Olshausen

Dezember 2023

Zusammenfassung

Unglaublich, ja kläglich wäre es, wenn die Staaten der NATO und EU mit ihren Partnern aus Russlands militärisch-hybridem Angriffskrieg gegen den „kollektiven Westen“ trotz ihrer so häufig erklärten Zielsetzung für eine integre Ukraine mit einer erneut amputierten Ukraine hervorgehen würden.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.

Dr. Olshausen gehört auch dem ISPSW Rednermanagement Team an. Weitere Informationen finden Sie auf der ISPSW Website unter <http://www.ispsw.com/autoren-und-rednermanagement/>





Analyse

In die häufig – auch bei der Berliner Sicherheitskonferenz 2023 und dem Treffen der NATO-Außenminister in Brüssel – wiederholten Sätze, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnen muss und Russland ihn nicht gewinnen darf, mischen sich mit der Feststellung eines eingetretenen Abnutzungskrieges zunehmend Hinweise auf das Potenzial Russlands bei Personal und Rüstungswirtschaft, das bei einem langanhaltenden Krieg zu einem Erfolg der russischen Landnahme in der Ukraine führen könne /werde.

Bei der derzeitigen Lage der Ukraine beteuern alle – NATO, EU und Partner – man werde die Ukraine weiter unterstützen, so lange das nötig sei. Aber besonders in dieser gerade militärisch an der langen Front zugespitzten Lage und bei den in einem zweiten Winter absehbaren starken Raketen- und Drohnenangriffen auf die kritische Infrastruktur sind diese Aussagen nicht überzeugend.

Denn das kann heißen, auch einen für die Ukraine zermürbenden anhaltenden Stellungskrieg in Kauf zu nehmen. Das bürdet den Menschen in der Ukraine ein unabsehbares Leiden – und Sterben auf. Nach fast zwei Jahren werden einige schon mal betonen, es sei eine unglaubliche, unerwartete Leistung, dass die Art und Umfang der Solidarität so lange Bestand hatten. Andererseits kann konstatiert werden, dass es unglaublich ist, dass einem Land im Krieg, das man in die EU und die NATO aufnehmen will, nur so stark geholfen wird, dass Russland nicht weiter vorrückt.

Eine teilweise schon bröckelnde oder sogar abgesagte militärische Unterstützung mancher Staaten birgt die Gefahr, dass der Krieg nicht nur länger dauert, sondern der politische Zweck, das imperiale Russland möglichst weit im Osten zu stoppen und die Integrität der Ukraine wiederherzustellen, aufgeschoben oder gar unerreichbar wird. Für die von allen für alle geforderte Freiheit, Selbstbestimmung und Souveränität auf Grundlage der Charta von Paris könnte dieses faktische Zurückstrecken der politischen Ziele nur als kläglich gewertet werden.

Bei den weitreichenden Zielen Russlands ist es irreführend und wirkt fatalistisch, nur die Russen und die Ukrainer hinsichtlich ihrer Kapazitäten zu vergleichen. Denn Russlands Angriff gilt dem „kollektiven Westen“ und es wäre wirklich kläglich, wenn ein Staat der Größe Russlands über die Staaten der EU und der NATO auf seinem expansionistischen Weg mit „Siegen“ zunächst in der Ukraine vorankommen oder gar triumphieren könnte.

Die derzeitige Lage vor dem Winter gibt keinen Anlass, einen fehlgeleiteten Waffenstillstand anzustreben oder gar Verhandlungen auf der Basis der militärischen Frontlinie einzuleiten. Vielmehr muss es darum gehen, endlich die bisherigen Sanktionen wirksamer und weniger umgehbar zu gestalten, v.a. aber neue einschneidende zu erlassen.

Die Länder des Westens mit einer Bevölkerung von mehr als 800 Millionen und einem Anteil von über 30 Prozent an der Weltwirtschaft können, dürfen und brauchen doch nicht wollen, dass Russland einem Land, das sie – als seine Unterstützer – in der EU und der NATO sehen, permanent Gebiete entreißt und mit fortdauernden Angriffen aus der Luft eine Ruinenlandschaft entstehen lässt.

Also sollten sich die unterstützenden Staaten endlich entschließen, den Worten der niederländischen Verteidigungsministerin, Kajsa Ollongren, bei der BSC 2023 Taten folgen zu lassen. Sie hatte bei der Aufzählung vieler Maßnahmen größere Schnelligkeit angemahnt und dem allseits bekannten „as long as it takes“ das dringende erforderliche „whatever it takes“ hinzugefügt. Wenn dies bei finanziellen, wirtschaftlichen, humanitären, aber eben auch mit mehr Quantität und Qualität bei militärischen Mitteln und Aktionen nicht geschieht, muss man davon ausgehen, dass eine Selbstverteidigung der Ukraine nur soweit mitgetragen wird, wie die geleisteten



materiellen, ökonomischen und (innen-)politischen Kosten gegenüber der eigenen Gesellschaft als vertretbar gelten.

Aber es kann doch nicht sein, dass die Regierungen ständig verbreiten, dass die Ukrainer auch unsere Freiheit verteidigen, und dann erwarten, dass diese Freiheit bis zum letzten Ukrainer verteidigt wird – und das noch mit unzureichenden Mitteln. Es darf kein Minsk III geben. So etwas wird den Appetit des imperialen russischen Regimes steigern und den russischen Vorstoß, den der „Westen“ jetzt nicht den Mut und den Willen hat zu stoppen, wird Russland an weiteren Grenzen und in weiteren Ländern fortsetzen. Nach fast zwei Jahren brutalen Angriffs sollte der Westen die Forderungen Russlands vom 17. Dezember 2021 an die USA und die NATO endlich ernst nehmen. Und deshalb darf es nicht bei der Aufforderung bleiben, die Bundeskanzler Olaf Scholz schon öfter wiederholt hat, dass Russland seine Truppen aus der gesamten Ukraine zurückzieht. Vielmehr muss der Westen mit der Ukraine diesen Rückzug endlich erzwingen.

Und während die begrenzt unterstützte Selbstverteidigung der Ukraine den Russen Vorteile bringt, rückt in den Wochen seit dem barbarischen Wüten der HAMAS gegen viele Menschen im Süden Israels – dieser massive Angriff gegen das Existenzrecht Israels – in der öffentlichen und diplomatisch-politischen Debatte immer mehr in den Hintergrund. Und Aufmerksamkeit und Handeln richten sich darauf, die notwendige Selbstverteidigung Israels gegen die Terroristen der HAMAS und deren Organisation, die mit ihrer Bevölkerung bewusst eng verwoben ist, drastisch zu begrenzen, ja zu beenden.

Denn die von der HAMAS absichtlich in Kauf genommenen hohen zivilen Verluste und schwierige humanitäre Lage ihrer eigenen Bevölkerung gewinnen nicht nur in muslimisch geprägten Ländern, sondern auch in den USA und vielen Staaten in Europa ein beinahe überwältigendes Gewicht für Urteil und Handeln. Plötzlich steht nicht die Terrororganisation HAMAS im Kreuzfeuer, sondern Israel, das diesen Terrorstaat in GAZA ausschalten will – und muss. Damit wird Israel ein weiteres Mal vor Augen geführt, dass es bei der Gewährleistung seiner Sicherheit und Existenz zuvörderst auf sich selbst angewiesen ist.

Das lässt in beiden Fällen erkennen, dass Staaten, die in der Sache eines anderen auftreten, diese niemals so ernsthaft nehmen wie ihre eigenen. Erst wenn den Handelnden klar wird, dass die Sache des anderen unmittelbar ihre eigenen Interessen massiv betrifft, kann eine Änderung erwartet werden. Man mag hoffen, dass das in der Ukraine geschieht, bevor das Land geschlagen ist, und im Krieg Israels gegen die HAMAS bevor Israel mit einem Mehrfrontenkrieg um seine Existenz ringen muss.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors.